

Griechenland als Mahnmal

Die Zeiten sind unruhig in Europa. Die Regierungschefs der EU-Länder können noch nicht an die Urlaubstage denken. Die griechische Regierung verdirbt ihnen den Ausblick auf die schönsten Tage des Jahres. Aus der EU-Zentrale wird gegen die angesetzte Volksabstimmung in Griechenland gewettert. Die Idee der Mitbestimmung des Volkes stört den Familienfrieden, ist absolut unerhört. Das Volk hat nichts zu sagen. Es ist ungebildet und versteht die grossen Zusammenhänge nicht – so denkt man. Lieber ist man unter sich, in der Brüsseler EU-Bürokratieelite.



Bruno Walliser
Kantonsrat SVP
Volketswil

Die Fehler der Währungsunion lassen sich auch mit viel Farbe nicht mehr kaschieren. Für eine einheitliche Währung braucht es auch einen einheitlichen Staat. Diese Tatsache glaubte man jahrelang mit Krediten und Schuldenmachen verdrängen zu können. Nun naht der Zahltag. Mit unvorhersehbaren Folgen für die Griechen selber und für uns alle. Mehr Basisdemokratie würde der EU nicht schaden, sie könnte daran wachsen und sich positiv entwickeln. Daran hat auch die Schweiz ein Interesse. Es wird Zeit, dass sich die EU an der Schweiz ein Vorbild nimmt. Das Volk hat das letzte

Wort und die Regierung ist Diener des Volkes, nicht umgekehrt. Das Beispiel Griechenland zeigt uns deutlich, dass wir weiterhin den Weg der Eigenständigkeit gehen müssen. Selbstbewusst müssen wir diesen Weg gehen und dürfen uns nicht unter Druck setzen lassen. Wir müssen der EU auch eine Orientierungshilfe sein, müssen ihr zeigen, wie ein Staat mit verschiedenen Sprachen und Kulturen erfolgreich, dank der direkten Demokratie, funktioniert. Wir sind es der EU, mit der wir gute Handelsbeziehungen pflegen, schuldig, weiterhin ein gutes Beispiel zu sein und sie auf dem Weg zu demokratischen Strukturen zu unterstützen. Diese Worte gebe ich auch dem vom Bundesrat gesuchten neuen Chefunterhändler mit auf den Weg.

Bruno Walliser ist Nationalratskandidat der SVP.